

Das Internet soll draußen bleiben

In Rangoon verkauft der Internet-Unternehmer Aye Min Oo Platz auf einer Web-Site, zu der er selbst keinen Zugang hat. Um Werbung anzulocken von Leuten, die im vom Militär regierten Burma ebenfalls keinen Zugang zum World Wide Web haben, transportiert er die Touristen-orientierten Seiten seiner Web-Site auf altmodischem Wege. »Ich fahre in Rangoon herum und demonstriere die Seiten auf der Festplatte meines Laptops«, erklärt er. »Wir mailen die neuen Seiten zu unserem Webmaster in Belgrad. Hoffentlich sehen wir sie eines Tages selber online.«

Aye Min Oos Zugang zum Internet mag nicht ideal sein, aber er ist ein seltenes Privileg im isolierten Burma, wo einige der strengsten und härtesten Internet-Beschränkungen auf der ganzen Welt in Kraft sind. Die Maßnahmen, die darauf abzielen, die online-Kampagnen von burmanischen Oppositionsgruppen im Exil abzuwehren, beschränken den Email Zugang auf weniger als tausend Menschen, die der regierenden Partei, dem »State Peace and Development Council« (SPDC), nahe stehen. Der Zugang zum World Wide Web ist streng verboten und nicht autorisierte Verwendung eines Modems kann mit sieben bis fünfzehn Jahren Gefängnis bestraft werden.

Nur eine einzige andere Web-Site existiert ständig: Es ist die Site der Regierung selbst, die nur außerhalb des Landes verfügbar ist. Sie bietet touristische und Armeenachrichten in vier Sprachen, außerdem scharfe Kritik an Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi. Unter Rangoons winzigen Ausländer- und Geschäftsgemeinschaften, wo man täglich mit Langeweile und Marginalisierung kämpft, konnte man der Verlockung des Internets schwer widerstehen. Sich in ausländische Server einzuwählen ist ein augenfälliger, wenn auch illegaler Weg, für Mitarbeiter ausländischer Botschaften und anderer Organisationen.

Im Mai 2000 hat Kommunikationsminister Brig.-Gen. Win Tin angeordnet, dass AusländerInnen davon abgehalten

werden müssten, illegalen Gebrauch von internationalen Telefon- und E-mail-Services zu machen. Die Order war augenscheinlich eine Reaktion auf einen verpfuschten Versuch eines Ausländers, ein Satellitensystem in seinem Hotelzimmer zu installieren. Es war auch die letzte in einer langen Reihe von Warnungen von einer Regierung, die entschlossen ist, kein kommunikatives Schlupfloch offen zu lassen.

Bis Dezember 2000 konnten ausländische Organisationen eine Handvoll privater E-mail-Services nutzen, die — auf der Basis von Selbstzensur — die Erlaubnis hatten, zu operieren. Einer dieser Anbieter war Eagle IT, der 1996 von Pat James, einem texanischen Geschäftsmann, zusammen mit dem Service Provider Digiservice gegründet worden war. In einer Werbung auf einer US-amerikanischen Venture Capital Site im Jahr 2000 behauptete Eagle, dass das Wachstumspotenzial »ohne heimische Konkurrenz« und mit Arrangements für Internet-Deals mit der Regierung »grenzenlos« sei.

Letzten Dezember jedoch schloss die Regierung den privaten Anbieter. Mitarbeiter wurden vom Militärgeheimdienst verhört. »Es war eine Katastrophe«, sagte Mike Blanche, Managing Director bei Digiservice. »Die Regierung hat es einfach übernommen. Es hat einfach aufgehört zu arbeiten.« Die Regierung teilte den gestrandeten AnwenderInnen dann mit, dass sie Burmas einziger Email-Provider sein würden. Erst kürzlich wurde ein Plan bekanntgegeben, die Zahl der Email-Zugänge, die zur Verfügung stehen, von rund 800 auf 1.000 zu erhöhen, mit einer Preissenkung auf rund 290 US-Dollar pro Jahr, von ehemals 1.000 US-Dollar. Online-Zeit kostet drei US-Dollar pro Stunde und, voraussichtlich, die Privatsphäre der NutzerInnen.

Eine 70-jährige Burmanin, die im Ausland lebt, sagte, dass sie schockiert war, als sie das Schicksal einer Nachricht entdeckte, die sie während eines Aufenthaltes von einem privaten Büro aus geschickt hatte. »Ich habe über alle De-

tails meiner Zeit hier erzählt: schlechte Straßen, zusammengebrochene Brücken, Hunger und Armut in den Dörfern«, sagte die Frau, die nicht identifiziert werden wollte, da sie Verwandte im Land hat. »Als ich nach Australien zurückkam, habe ich herausgefunden, dass mein Sohn nur drei Zeilen erhalten hatte. Irgend jemand hatte meine Email zensiert.«

Kritische Informationen, die Burma verlassen, machen ihren Weg über verschlungene Pfade, bevor sie auf pro-demokratischen Sites wie Burmanet landen, die von George Soros Open Society Institut finanziert werden. Oppositionsgruppen, die in abgelegenen Außenposten entlang Burmas poröser Grenze zu Thailand und Indien sitzen, verwenden Laptops, um Nachrichten über Flüchtlinge und AktivistInnen im Untergrund zu verschicken. Der SPDC leugnet die Berichte über Zwangsarbeit, Zwangsumsiedlung und Morde, die aus Regionen fließen, zu denen die ausländische Presse keinen Zutritt hat.

Die Regierung war nicht in der Lage, die vernichtenden Effekte von Cyber-Kampagnen von Gruppen wie der Free Burma Coalition aufzuhalten. Die Berichte halfen, Unternehmen wie Pepsi dazu zu bringen, sich aus Burma zurückzuziehen und führten dazu, dass die Vereinigten Staaten und die EU wirtschaftliche Sanktionen gegen das Land aufsetzten »Es gibt keine größere wirtschaftliche Sanktion für Burma als diejenige, die sich das Regime selbst auferlegt: Das Internet draußen halten«, so Pat Raleigh von der Burma Action Group in Dublin. Während der Rest von Asien dem Cyberspace entgegen läuft, geben die burmanischen Generäle keine Entschuldigungen für die zunehmende Isolation des Landes. »Sobald wir einen Weg finden, unerwünschte Elemente draußen zu lassen, werden wir das Internet zugänglich machen«, so ein Sprecher auf der einsamen Web-Site der Regierung.

vgl. *The New York Times*,
14.7.2000

nachrichten

Klage gegen Militärchef

Die *National League for Democracy (NLD)* hat Klage gegen Burmas Militärchef eingereicht wegen der dauernden Belästigung von Parteimitgliedern und der Missachtung ihres Wahlsieges, gab die NLD bekannt.

Die Anklage richtet sich gegen den Vorsitzenden der Wahlkommission Ba Htay und den Chef des herrschenden Militärrates, Sen. Gen. Than Shwe. Beide werden beschuldigt, »Wahlversprechen« gebrochen und gegen das Wahlgesetz verstoßen zu haben. Die NLD hatte 1990 die Wahlen klar gewonnen, aber das Militär, das seit 1962 herrscht, hat sich seither geweigert, das Parlament einzuberufen. Hunderte von NLD Mitgliedern wurden verhaftet.

Die NLD hat bereits 1999 Beschwerde gegen Top-Regierungsangehörige eingelegt, unter ihnen auch der Geheimdienstchef Lt.-Gen. Khin Nyunt, wegen »illegaler Inhaftierung von NLD Mitgliedern und der Erlaubnis von Anti-NLD Kundgebungen«. Das Oberste Gericht hat den Fall im Oktober 1999 wegen Mangel an Beweisen abgelehnt. Die NLD appellierte im Februar 2000 an das Oberste Gericht, doch der Appell wurde am 4. Mai aus denselben Gründen abgelehnt.

vgl. *AP*, 7.7.2000

nachrichten

EU erhöht Humanitäre Hilfe

Die Europäische Union wird in der Zukunft die Humanitäre Hilfe an das vom Militär regierte Myanmar erhöhen, so der französische Botschafter in Thailand. Christian Prettre sagte, dass die Europäische Union darüber nachdenkt, das Land, über das jetzt Sanktionen verhängt sind, in ein Abkommen mit Laos und Kambodscha mit aufzunehmen, das vor allem technische und humanitäre Hilfe zusichert.

Diese Miteinbeziehung Myanmars würde einen Rahmen für gesteigerte Hilfe schaffen, aber Prettre machte keine Aussage darüber, wann es kommen würde und ob es an Veränderungen in dem repressiven Staat geknüpft sein würde. Eine »Troika« von EU-RepräsentantInnen würde Burma einen zweiten Besuch abstatten, um Gespräche zu führen, so Prettre. Ein Datum sei aber noch nicht vereinbart worden.

vgl. AP, 21.7.2000

General Than Shwe ist seit 1992 der Kopf der burmesischen Militärjunta. Er war damals Nachfolger von General Saw Maung, der aus Gesundheitsgründen zurücktreten musste. Jetzt sieht es so aus, als sei Than Shwe selbst ernsthaft krank und augenscheinlich ist der Machtkampf um seine Nachfolge zwischen Armeekommandant Maung Aye und Geheimdienst-Chef Lt.-Gen. Khin Nyunt bereits entbrannt.

Ein offener Machtkampf könnte Rangoons Außenbeziehungen — vor allem mit China und Indien — grundlegend verändern. Khin Nyunt gilt als pro-chinesisch; Maung Aye hingegen ist besorgt über die massive Abhängigkeit von Waffenlieferungen aus China und die chinesische Migration in den Norden des Landes. Neu Delhi versucht ihn zu ermutigen, einen unabhängigeren Standpunkt in der Außenpolitik einzunehmen.

Zeichen, dass Maung Aye sich bereits auf die Post-Than Shwe-Ära vorbereitet, sind augenfällig. So soll er kürzlich die Mong Yawn Basis der United Wa State Army besucht haben, wo er die Soldaten darüber informierte, dass sie zukünftig ihm zu berichten hätten. Die UWSA, die 1989 ihren Frieden mit der Regierung gemacht hatte, stand bisher Khin Nyunt nahe. Sie kontrolliert einen Großteil des Drogenhandels im Goldenen Dreieck.

Junta in Schwierigkeiten

Indiens Hauptsorge bezüglich Burma ist seit langer Zeit China. Die Regierung in Neu Delhi hat versucht, dem Einfluss Pekings etwas entgegenzusetzen, indem man die pro-demokratischen Kräfte unterstützte. Seit 1993 hat Indien seine Strategie jedoch geändert: »Während unsere Herzen bei der pro-demokratischen Bewegung sind, können wir nicht darauf warten, bis sie an die Macht kommt«, so ein indischer Diplomat, der nicht namentlich erwähnt werden wollte. »Wir müssen dem Einfluss Chinas hier und jetzt etwas entgegensetzen.«

Teil der neuen Politik scheint es zu sein, den Graben zwischen Maung Aye und Khin Nyunt auszunützen. Im Januar 2000 besuchte Maung Aye Indien — ein Besuch, der mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden war — bemerkenswerterweise ohne Khin Nyunt. Er soll eine militärische Kooperation angeboten haben, um grenzübergreifenden Bewegungen von Aufständischen zu begegnen. Als Gegenleistung soll Indien nichttödliche militärische Hilfe, wie Stiefel oder Kleidung, geliefert haben.

Indische Unternehmen haben außerdem damit begonnen, Handel und Investitionen für Burma zu propagieren. Im Mai 2000 hat eine Wirtschaftsdelegation Rangoon besucht. Projekte vom Kupferabbau in der Nähe der Indischen Grenze

bis hin zu einer Erdgaspipeline wurden diskutiert. Regierungsangehörige sagen, dass sich die Gespräche über ein 1.000 Megawatt hydroelektronisches Projekt am Chindwin Fluss, das Energie an beide Länder liefern würde, bereits in einem weit entwickelten Status befänden.

Maung Aye spielte auch bei einem Besuch in Peking im Juni 2000 den unnachgiebigen Verhandler. Es war erwartet worden, dass die beiden Länder ein Abkommen abschließen würden, das Chinas südwestlichen Provinzen einen Zugang zum Indischen Ozean verschaffen würde, via den Hafen am Bhamo-Fluß im nördlichen Burma. Aber es wurde kein festes Abkommen geschlossen. China wird nur einige Konzessionen bekommen.

Für die pro-demokratische Bewegung in Burma sind der sich entwickelnde Machtkampf und die Machtspiele, die während Auslandsaufenthalten in den Hinterzimmern gespielt werden, schlechte Nachrichten. »Es zeigt, dass mehr und mehr Länder in der Region jetzt glauben, dass die Junta bleibt«, so ein Diplomat in Thailand. Und Maung Aye, ein militärischer Hardliner, scheint besser in der Lage zu sein als Khin Nyunt, diesen Status auch zu erhalten.

vgl. FEER, 29.6.2000

Drogenhandel wieder aufgenommen.

ersten sechs Monaten 2000 wurden mindestens vier Menschen von den Gangs umgebracht, sagen die Dorfbewohner.

Ein früherer Soldat der Mong Tai Armee, die nach Ban Therd zurückgekehrt ist, nachdem sich Khun Sa vor zwei Jahren der Regierung in Rangoon ergeben hatte, sagte, dass viele seiner Freunde der United Wa State Army (UWSA) beitreten mussten — eine Frage des Überlebens. Die UWSA baut eine neue Stadt gegenüber von Ban Therd Thai, die, wie die Behörden erklärten, von den Einkünften aus dem Methamphetamine-Handel bezahlt wird.

Die Third Army hat kürzlich den San Ton Doo Checkpoint an der Grenze geschlossen, der, laut Geheimdienstbericht, stark von den Drogenhändlern benutzt worden war. Kurz darauf kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einer Armeepatrouille und UWSA Soldaten — vier Millionen Methamphetamine-Pillen und 27 Kilogramm Heroin wurden dabei sichergestellt. Maj.-Gen. Chamlong Pothong, stellvertretender Kommandant der thailändischen Third Army, sagte, dass es von Dorfbewohnern aus Ban Therd Thai Beschwerden darüber gegeben habe,

dass einige Regierungsbeamte im Distrikt Schmiergelder von Drogenhändlern genommen hätten. »In dem Gebiet entlang der 100 Kilometer langen Grenze im Mae Fa Luang Distrikt soll es die meisten Methamphetamine-Händler im ganzen Land geben.«

»Die Pha Muang Force, die für das Gebiet verantwortlich ist, patrouilliert in den Bergen entlang der Grenze, und Entwicklungsprojekte für die Grenzdörfer sind geplant. Eines wurde bereits in Mae Hong Son gestartet«, so Maj.-Gen. Chamlong.

vgl. BP, 3.7.2000

Die Grenzstadt Ban Therd, früher eine Bastion des Drogenkönigs Khun Sa, ist einmal mehr zum Zentrum für illegalen Drogenhandel geworden, nur dass es sich diesmal nicht um Heroin, sondern hauptsächlich um Methamphetamine handelt.

Das Dorf ist unter den Einfluss von bewaffneten Gangs geraten, die von Drogenhändlern unterhalten werden und von jenseits der Grenze operieren. Die Dorfbewohner, so sagen örtliche Behörden, die Polizei und Regierungsbeamte, dienen nur als Werkzeuge der Drogenhändler, die einen starken finanziellen Einfluss über sie ausüben. In den